

Dresdner Neueste Nachrichten

Anzeigenpreise: Die 26 mm breite Zeile kostet 0,30 Goldmark, für 2000 Zeichen 0,35 Goldmark, für das Ausland 0,50 Goldmark. Die Tageszeile 0,10 Goldmark, für 2000 Zeichen 0,15 Goldmark. Die Briefgebühren für Zusendungen aus dem Ausland sind zu zahlen. — Für Anzeigen in bestimmten Tagen und Plätzen kann ein Sonderpreis vereinbart werden.

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Bezugspreise: Für den halben Monat 1 G. Hart, für den Monat 2 G. Hart, für den Vierteljahr 6 G. Hart, für den halben Jahr 11 G. Hart, für den Jahr 20 G. Hart. Postfrei Zustellung durch Boten. Der Bezug für den Monat 2,00 Goldmark, für die Tageszeitung monatlich 0,15 Goldmark, für den halben Monat 0,80 Goldmark, nach dem Einzelnummer 10 G. Pfennig. Ausland 1,50 Goldmark.

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-A., Ferdinandstr. 4. • Fernruf: 27 980, 27 981, 27 982, 27 983. • Telegramme: Neueste Dresden. • Postfach: Dresden 2060

Nr. 10213

Donnerstag, 1. Mai 1924

LXIII. Jahrg.

Amerikas Bedingungen für Mitarbeit am Reparationsproblem

Was Morgen von den europäischen Regierungen fordert

Annahme des Gutachtens, lokale Zusammenarbeit mit Deutschland, Priorität der Anleihe, 8 prozentige Verzinsung

Telegramm aus Paris, 30. April
Oh. Paris, 30. April
Über die Stimmung in der amerikanischen Öffentlichkeit, deren Beteiligung an der internationalen Anleihe erwartet wird, berichtet der finanzielle Mitarbeiter des „Daily Telegraph“: Morgens kommt in London die finanzielle Besprechung in Gang. Der amerikanische Bankier hatte bereits Gelegenheit, mit den führenden englischen Persönlichkeiten zu sprechen, die sich an der internationalen Konferenz beteiligen werden. Morgen scheint der Ansicht zu sein, daß die internationalen Regierungen vor schwierigen Verhandlungen stehen, deren Abschluß vielleicht im Juni erfolgen wird. Es besteht zwar bei allen Kabinetten der Wunsch, den Plan Dawes zu verwirklichen; aber die notwendigen politischen Opfer müssen noch gebracht werden, und in dieser Hinsicht liegt der Schwerpunkt in Paris.

Morgen vertritt den gleichen Standpunkt, den er auf der Bankierkonferenz im Jahre 1923 ausdramatisierte. Was die Bedingungen der amerikanischen Bankier betrifft, so ist zu erwarten, daß in den Vereinigten Staaten 20 Millionen Pfund Sterling angesetzt werden können. Die Hauptbedingung der Amerikaner ist, daß der Dawes-Plan in seiner Gesamtheit angenommen und sofort durchgeführt wird. Mit einer gewissen oder ungewissen Durchführung gibt man sich keinesfalls zufrieden.

Unter den amerikanischen Bankiers herrscht auch die Meinung vor, daß die deutsche Gesamtschuld festgesetzt werden muß. Wenn die Alliierten nicht zustimmen, die politischen Spannungen zu beilegen und mit Deutschland in lokaler Weise zusammenzuarbeiten, so würde das amerikanische Publikum

die Anleihe nicht zeichnen. Reiz geschäftlich zu sprechen, muß die Einladung zur Zeichnung der Anleihe einen günstigen Eindruck erwecken. Der amerikanische Zeichner wird jedenfalls durch eine Verzinsung von 8 Prozent interessiert werden müssen. Die Sicherheit der Anleihe muß die Priorität vor allen vertraglichen Verpflichtungen erhalten, die amerikanischen und Alliierten-Beschäftigten einbezogen. Diese letzteren Kosten müssen auf Rechnung der deutschen Anleihe gestellt werden. Auf Grund des Plans Dawes wären eventuelle Zwangsmassnahmen nur in der Weise zu treffen, daß die Interessen der Anleihebesitzer keinen Nachteil erleiden dürfen.

Amerika arbeitet mit

New York, 30. April. (Eig. Drahtbericht.) Nach einer Erklärung der amerikanischen Mitglieder des Sachverständigenrates Dawes kann die Teilnahme Amerikas an der Ausführung des Gutachtens als gesichert angesehen werden.

Dawes, Young und Robinson für Beteiligung Amerikas

London, 30. April. Reuters meldet aus New York: Dawes, Young und Robinson, die hier an Bord der „Leviathan“ angekommen waren, haben in einer gemeinsamen Mitteilung über die Beteiligung Amerikas an der Ausführung des Sachverständigenplanes auf die Mitwirkung Amerikas gedrängt, besonders bei der Durchführung der Anleihe, die eine gesunde Kapitalanlage darstelle und für die umfangreiche Bürgschaften gegeben wären.

Vorläufig keine Aufgabe der Ruhrbesetzung

Paris, 30. April. Nach dem „New York Herald“ sollen auf der gestrigen deutsch-französischen Konferenz zwei Beschlüsse gefaßt worden sein. Es solle erstens versucht werden, die von den Alliierten im Falle einer deutschen Vereinfachung gemeinsam durchgeführten Strafmaßnahmen loszusagen. Zweitens würden Belgien und Frankreich im Ruhrgebiet bleiben, bis der Dawes-Plan zufriedenstellend funktioniert. Es verlange, daß Thurnwald bei den Verhandlungen mit Frankreich diese Abmachungen als Grundlage für die Wiederherstellung der deutsch-französischen Einigkeit vorzuziehen. Er sehe von dem Gedanken ab, daß es nach den französischen und deutschen Wünschen möglich sein werde, die politische Seite des Dawes-Plans mit größerem Entgegenkommen von beiden Seiten zu realisieren. Die französische und die belgische Regierung würden wahrscheinlich ihre Vertreter in der Reparationskommission anweisen, die technische Organisation in reichem Maße zu berücksichtigen, und den Dawes-Plan anzunehmen. Bei der Vorbereitung der ersten Anleihe von 800 Millionen seien Schritte zu verzeichnen.

Stalen und Mussolinis Antwort

Mailand, 30. April. (Eig. Drahtbericht.) Die belgische Antwort an die Reparationskommission hat im Grunde allgemeine Befriedigung ausgedrückt. Die belgische öffentliche Meinung ist nicht bereit zu hören, daß sich Italien gemäß dem französischen Wunsch einem einseitigen Druck aus Deutschland entziehen, und teilt auch nicht Mussolinis Ansicht, daß die Reparationsfrage ohne die internationalisierte Schuldfrage nicht geregelt werden könne. Mit Befriedigung ist auch das Verweigen über die Nichtbeteiligung italienischer Kontrollingenieur an der Ruhr angenommen worden.

Japans Antwort auf das Gutachten

Paris, 30. April. Die Reparationskommission veröffentlicht die von Japan eingegangene Antwort auf den Bericht der Kommission vom 17. d. M. Die japanische Regierung teilt mit, daß sie mit größtem Interesse Kenntnis von dem Sachverständigenbericht genommen habe, und daß sie dieser Arbeit Anerkennung zolle. Sie dränge zur Kenntnis der Reparationskommission, daß sie geneigt sei, im Grundsatz die Schlußfolgerungen in ihrer Weltanschauung anzunehmen.

Fünf Todesurteile in Petersburg

Petersburg, 30. April. Das Petersburger Gericht hat fünf Finnen zum Tode verurteilt. Die wegen Spionage angeklagten waren. Die Anklage hatte den Charakter einer militärischen Spionage, sondern auch politische Erregung von Seiten der Russen.

Spengler über die weltpolitische Lage

Ein neues Zeitalter beginnt — Hochfinanz und Staatsgewalt im Entscheidungskampfe — Verschiebung der internationalen Machtlinien

Hamburg, 30. April
Der Uebersee-Klub Hamburg hatte für gestern Abend Oswald Spengler zu einem Vortrag eingeladen. Spengler sprach über

neue Formen in der Politik

und führte u. a. aus: Seit einigen Jahren hat Deutschland aufgehört, in der Weltpolitik mitzumischen, und ist nur Objekt für andere Mächte geworden. Trotzdem müssen wir die Weltlage im Auge behalten, auch wenn wir es nicht verlangen, bestimmte Möglichkeiten offen auszusprechen. Seit dem Ausbruch des Weltkrieges ist Frankreich die führende Macht geworden. Der französische Nachgebote ist rein militärisch, natürlich nicht aufzubauen, sondern lediglich zu zerstören. Deshalb ist der französische Kolonialismus auch ganz unerschütterlich und hat in seinen Kolonien weit mehr Blut vergossen als irgendein Kolonialvolk. Die Ostfront längs des Rheins soll als Status quo aufrechterhalten und Deutschland als Zentrum der Welt vorangelegt werden. Dabei ist

der Anbruch einer neuen Epoche zu erwarten. Die große Operation ist auf die Nordsee überzuführen. Die Nordsee ist in Frankreichs Besitz und heute ein vollständig unangreifbares Gebiet. Vom Mittelmeer aus wäre die deutsche Nordsee für eine Heeresmacht in ein bis zwei Tagen zu erobern. Ein zweites Ziel Frankreichs ist

der Ausbau des Mittelmeeres. Die Errichtung einer schwarzen Millionenarmee und die Anlage eines Reiches von strategischen Bahnen, durch die der Sudan eng an Marokko und Ägypten angeschlossen werden soll. Dadurch läßt sich jederzeit eine Armee gegen den Nil oder über den Nil in Bewegung setzen. Weiter geht Frankreich auf die Schaffung einer Landbrücke zum Orient längs der Donau aus, wiederum nach dem Vorbild Napoleons. Durch Verdrängung der Deutschen, durch ein System abhängiger Balkanstaaten, die durch militärische, französische Interventionen und Durchdringung mit französischem Kapital angegliedert werden, soll eine

Kaufkraft gegen Rußland von der Ostsee über Polen bis nach dem Schwarzen Meer über Rom mobilisiert werden. Das Mittelmeer wird von Norden und Süden her umklammert, denn Frankreich ist von Marokko aus in der Lage, jederzeit den Zugang zum Mittelmeer zu sperren. Zur Stützung dieses binnenländischen Eroberungsplanes gehört die Vereinigung der wichtigsten Rohlen- und Eisenländer Europas in französischer Hand. Obersteuropa, Ruß und Sibirien, Frankreich unter seinen Einfluß gebracht. Mit Belgien, Polen und der Tschechoslowakei kontrolliert er heute zwei Drittel der Eisenröhre und drei Viertel der Rohlenländer Europas. Alle diese Pläne treffen in die Absichten der Hochfinanz ein. Das Reparationsproblem verdrängt sich mehr und mehr von seiner ursprünglichen, mehr politischen Form in ein

Reparationsproblem zwischen Hochfinanz und Staatsgewalt

Ein tapferer Verleumder
Berlin, 30. April. (Eig. Drahtbericht.) Ein gewisser Dr. Gausler hatte kürzlich in München auf der Straße den Reichspräsidenten einen Vandalenverräter genannt und dies damit begründet, daß der Reichspräsident habe 1918 den Munitionsarbeiterstreik angezettelt. Eine vom Reichspräsidenten damals in München eingeleitete Besetzungslage erweise aus staatsrechtlichen Gründen damit, daß der Streikverbot juristisch genommen wurde. Gausler verurteilte darauf in der Presse einen „offenen Brief“, in dem er im Interesse der geschichtlichen Wahrheit die Besetzungslagen wiederholte und sich bereit erklärte, den Reichspräsidenten anzuregen. Der Reichspräsident stellte darauf erneut wegen Beleidigung Strafantrag gegen Gausler, und zwar diesmal in Berlin, wo Gausler seinen hiesigen Wohnsitz hatte. Seither ist aber Gausler aus Berlin verschwunden und hat auch der Verleumdung des Unterstaatssekretärs keine Folge geleistet. Nach Feststellungen des Gerichts hält er sich in der Schweiz auf. Er scheint also keinen besonderen Wert auf eine Klärung des Sachverhaltes zu legen.

Schwere Ausschreitungen im Wahlkampf

Berlin, 30. April. (Eigener Drahtbericht.) Je näher der Wahltermin rückt, um so rüberer kommt es zu den heftigsten Ausschreitungen. Das gilt nicht nur in Berlin, wo die Kandidaten beider Parteien tagtäglich blutige Zusammenstöße provozieren, sondern im ganzen Reich, und dem immer neue Meldungen über schwere Wahlkrawalle einfließen. Ueber einen besonders traurigen Fall wird aus Paderborn im Regierungsbezirk Osnabrück berichtet. Dort schon gestern Abend ein 19jähriger Kleinrentner, der den dortigen politischen Kreisen nahesteht, auf den Parteiführer der Deutschdemokratischen Partei für den Bezirksverband Osnabrück, Provinzialparlamentarier Dr. Kämmerer, in dem

Daher treten jetzt immer deutlicher die Absichten der Hochfinanz hervor, die verfallenen Staaten in ihre Interessen einzuspannen und die Pariser Sachverständigenbeschlüsse zu einem Instrument zu machen, durch das die internationalen Geldleute auch die alliierten Staaten kontrollieren. Die Hochfinanz sucht die Politik in ein Geschäft zu verwandeln. Bei alledem setzt sich die englische Diplomatie vollkommen im unklaren. Die Ueberlegenheit der französischen Diplomatie beruht darauf, daß ihre Diplomaten die Schiffe von St. Petersburg durchgemacht haben. Die Nachstellungen Englands beruht darauf, daß es alle Häfen von der See aus kontrollieren konnte. Dadurch, daß der große Handelskrieg, Afrika und Europa aus dem Blickfeld der Politik eintritt, rückt die Weltmacht näher, daß die Mächte jetzt umkehren werden, so daß große, zahllose Flotten dadurch überflüssig geworden sind, da sich gesicherte Seewege nicht mehr vorfinden.

Die großen Mächte laufen in Zukunft nicht mehr über die Meere, sondern über die Landmassen moderner die Stellung der englischen Weltmacht im Westen verliert. Von Osten ist das Schicksal Rußlands nicht zu trennen. Durch den Tod Lenins tritt die bolschewistische Bewegung in ein vollkommen neues Stadium. Seit dem Tode Lenins glaubt der Arbeiter nicht mehr an eine friedliche Umwandlung der inneren russischen Verhältnisse. Der Faktor, der die russische Bauernschaft in welchem Sinne, von der Welt bis zum Inneren Rußlands herunter, die verhaltenen Regierungen dieser Verhältnisse nicht treiben

einer Explosion entgegen

immer deutlicher hervor, sondern die unendliche Verdrängung der Staaten, die Unfähigkeit der Wirtschaft, der Kreditmarkt jede Regierung von den Weltmächten abhängig macht. Alle verfassungsmäßige oder gewohnheitsmäßige Ausübung von Regierungsgewalt hat sich aufgelöst. So daß eine letzte Rebellion überhaupt nicht mehr besteht. Damit treten wir in ein Stadium, das sich grundlegend vom Zeitalter Bismarcks unterscheidet. Die Zukunft der Weltverhältnisse hängt also nicht mehr von der Form ab, sondern von der

Ueberlegenheit der Verhältnisse. Die Ueberlegenheit der Verhältnisse kann durch ein Austausch harter Verhältnisse ersetzt werden für Deutschland die Möglichkeit, über alle Hindernisse hinweg auf besseren Seiten zu gelangen.

Im Ludendorff Reichstagskandidatur

Berlin, 30. April. (Eigener Drahtbericht.) Die von einem Teil der Presse verbreitete Meinung, daß General Ludendorff, der Spitzenkandidat der Deutschnationalen Freiheitspartei, nicht daran denke, ein Reichstagsmandat anzunehmen und sofort nach seiner Wahl auf sein Mandat verzichtete, wird von der Deutschnationalen Freiheitspartei entschieden dementiert. Wie ein Berliner Korrespondent erzählt, hat Ludendorff noch vor einigen Tagen dem in München weilenden Abgeordneten Wulle verbindende Zusagen in dieser Frage gegeben und auch in einer schriftlichen Erklärung an die Partei die Annahme eines Mandates bekräftigt.

Bühnenmenschen als Deputiertenkandidaten

Telegramm aus Paris, 30. April. Eine Gruppe „neuer Männer“, darunter der Vorkämpfer Yves Mirande, stellte sich dieser Tage einer Wählerversammlung vor. Die Kandidaten sprachen für den Vinsobis. Da sie nicht gewohnt sind, Politik zu treiben, so wählten sie die Dinge beim rechten Namen. Mirande sagte in den Saal: „Poincaré fährt uns in einem neuen Krieg. Aber wir werden ihm nicht folgen, es sei uns 1914 gerade genug gefehlt. Er soll allein mit seinen Leuten auf die Deutschen losgehen.“ — Ein anderer Theatermann, Jona, riefte ab, die Korruption der Wählermasse durch die „Korruption der Wählermasse“ zu verhindern. Der Kandidat wollte kein Ende nehmen. Die Rede wurde mit Stillsitzen demontiert. Dann ging ein alter Mensch im Zuschauerraum los, es war ein zahnloser, kahler Mann.